

**Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 14. Mai 2009**

Antrags-Nr. 09-F-01-0046

**Hochschulstandort Wiesbaden stärken - ohne zusätzliche städtische Mittel für die Europaen Business School (EBS)**

**- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.04.2009 -**

Am Hochschulstandort Wiesbaden studieren etwa 5.100 Studierende an der Fachhochschule in 4 Fachbereichen. Der Standort Wiesbaden bietet ein umfangreiches Lehrangebot, das bestens auf eine Reihe von zukunftsfähigen Berufsfeldern vorbereitet. Während der letzten Jahre wurde das Fächerspektrum deutlich erweitert, vor allem in Richtung auf internationale und berufs begleitende Studiengänge.

Die European Business School hat sich als private Hochschule mit internationaler Anerkennung in Wiesbaden niedergelassen und will sich mit der Einrichtung eines juristischen Studiengangs zur Universität weiter entwickeln.

Von einer stärkeren Profilierung der Landeshauptstadt Wiesbaden als Hochschulstandort und Stadt der Studierenden würden Stadt und Hochschulen gleichermaßen profitieren.

Auf diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Stärkung und (Weiter-) Entwicklung des Hochschulstandorts Wiesbaden als Stadt der Studierenden vorzulegen.
2. Oberste Priorität hat dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit von Stadt und Fachhochschule. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtgesellschaft z.B. durch Projektaufträge, Praxisprojekte mit der Wirtschaft, Veranstaltungsreihen u.ä.m.
3. Die European Business School als private Hochschule mit internationalem Anspruch ist in Wiesbaden willkommen und wurde bereits von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit drei Millionen Euro Anschubfinanzierung unterstützt. Die weitere finanzielle Förderung durch die Stadt mit bis zu 12,5 Mio. € steht aber weder im Verhältnis zum Selbstbild der Hochschule noch zur Kosten-Nutzen-Rechnung bei städtischen Ausgaben. Eine weitergehende Bezuschussung seitens der Landeshauptstadt ist nicht vertretbar und wird daher abgelehnt.
4. Aus Gründen der Stadtentwicklung ist eine Nutzung des heutigen Gerichtsgebäudes zwischen Moritz- und Oranienstraße durch die EBS zu prüfen. Voraussetzung ist dabei eine teilweise öffentliche Nutzung für Bedarfe des Stadtteils wie z.B. die mögliche Kombination einer Aula mit einem Bürgersaal für die Innenstadt.
5. Besonders zu prüfen ist die Ausweisung von Flächen für den räumlichen Erweiterungsbedarf der Fachhochschule.

---

**Gemeinsamer Änderungsantrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.05.2009**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Stärkung und (Weiter-) Entwicklung des Hochschulstandorts Wiesbaden als Stadt der Studierenden vorzulegen.

- 
2. Oberste Priorität hat dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit von Stadt und Fachhochschule. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtgesellschaft z.B. durch Projektaufträge, Praxisprojekte mit der Wirtschaft, Veranstaltungsreihen u.ä.m. **[EINGEFÜGT, ursprünglich Pkt.5:]** Besonders zu prüfen ist die Ausweisung von Flächen für den räumlichen Erweiterungsbedarf der Fachhochschule.
  3. Die European Business School als private Hochschule mit internationalem Anspruch ist in Wiesbaden willkommen und wurde bereits von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit drei Millionen Euro Anschubfinanzierung unterstützt. **[STREICHE:]** Die weitere finanzielle Förderung durch die Stadt mit bis zu 12,5 Mio. € steht aber weder im Verhältnis zum Selbstbild der Hochschule noch zur Kosten-Nutzen-Rechnung bei städtischen Ausgaben. Eine weitergehende Bezuschussung seitens der Landeshauptstadt ist nicht vertretbar und wird daher abgelehnt.
  4. Aus Gründen der Stadtentwicklung ist eine Nutzung des heutigen Gerichtsgebäudes zwischen Moritz- und Oranienstraße durch die EBS zu prüfen. **[STREICHE:]** Voraussetzung ist dabei **[EINGEFÜGT:]** Zu prüfen ist weiterhin eine teilweise öffentliche Nutzung für Bedarfe des Stadtteils wie z.B. die mögliche Kombination einer Aula mit einem Bürgersaal für die Innenstadt.
  5. **[STREICHE, vgl. Pkt.2:]** Besonders zu prüfen ist die Ausweisung von Flächen für den räumlichen Erweiterungsbedarf der Fachhochschule. **[EINGEFÜGT:]**

Der Magistrat wird beauftragt, alle Unterstützungen zu leisten, die zur Planung und Durchführung der städtebaulichen Neuordnung um die Moritzstraße notwendig sind,

6. hierfür gemeinsam mit dem Land Hessen einen Architektenwettbewerb durchzuführen und anschließend ein entsprechendes vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren aufzulegen,
  7. dabei die wesentlichen städtebaulichen Anforderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie
    - a. eine städtebaulich, stadtgestalterisch und denkmalpflegerisch verträgliche Baumassenverteilung,
    - b. die im Quartier vorhandenen Höfestructur (auch für teilöffentliche Nutzung),
    - c. öffentlich zugängliche Nutzungen an der Moritzstraße im Erdgeschoss zur Belegung der Einkaufsstraße mit z.B. Café, Buchladen etc.,
    - d. die Gebäudehöhen der umgebenden Bebauungen mit einem besonderen Augenmerk auf den denkmalgeschützten Baubestand,
    - e. die Einrichtung einer Quartiersgarage,
    - f. die Weiterentwicklung innerstädtischer Grünstrukturen und
    - g. ein innovatives Energiekonzeptzu berücksichtigen,
  8. den aus quartiersbezogener, städtebaulicher Sicht wichtigen finanziellen Beitrag in Höhe von 10 Mio. Euro dem Land für dessen Sanierungsmaßnahmen zur Aufwertung des Areals zur Verfügung zu stellen.
-

## Beschluss Nr. 0252

Der Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 29.04.2009 betr.

Hochschulstandort Wiesbaden stärken - ohne zusätzliche städtische Mittel für die European Business School (EBS)

wird in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.05.2009 angenommen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für die Stärkung und (Weiter-) Entwicklung des Hochschulstandorts Wiesbaden als Stadt der Studierenden vorzulegen.
2. Oberste Priorität hat dabei die Intensivierung der Zusammenarbeit von Stadt und Fachhochschule. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist eine enge Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Stadtgesellschaft z.B. durch Projektaufträge, Praxisprojekte mit der Wirtschaft, Veranstaltungsreihen u.ä.m. Besonders zu prüfen ist die Ausweisung von Flächen für den räumlichen Erweiterungsbedarf der Fachhochschule.
3. Die European Business School als private Hochschule mit internationalem Anspruch ist in Wiesbaden willkommen und wurde bereits von der Landeshauptstadt Wiesbaden mit drei Millionen Euro Anschubfinanzierung unterstützt.
4. Aus Gründen der Stadtentwicklung ist eine Nutzung des heutigen Gerichtsgebäudes zwischen Moritz- und Oranienstraße durch die EBS zu prüfen. Zu prüfen ist weiterhin eine teilweise öffentliche Nutzung für Bedarfe des Stadtteils wie z.B. die mögliche Kombination einer Aula mit einem Bürgersaal für die Innenstadt.
5. Der Magistrat wird beauftragt, alle Unterstützungen zu leisten, die zur Planung und Durchführung der städtebaulichen Neuordnung um die Moritzstraße notwendig sind,
6. hierfür gemeinsam mit dem Land Hessen einen Architektenwettbewerb durchzuführen und anschließend ein entsprechendes vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren aufzulegen,
7. dabei die wesentlichen städtebaulichen Anforderungen der Landeshauptstadt Wiesbaden, wie
  - a. eine städtebaulich, stadtgestalterisch und denkmalpflegerisch verträgliche Baumassenverteilung,
  - b. die im Quartier vorhandenen Höfestructur (auch für teilöffentliche Nutzung),
  - c. öffentlich zugängliche Nutzungen an der Moritzstraße im Erdgeschoss zur Belebung der Einkaufsstraße mit z.B. Café, Buchladen etc.,
  - d. die Gebäudehöhen der umgebenden Bebauungen mit einem besonderen Augenmerk auf den denkmalgeschützten Baubestand,
  - e. die Einrichtung einer Quartiersgarage,
  - f. die Weiterentwicklung innerstädtischer Grünstrukturen und
  - g. ein innovatives Energiekonzeptzu berücksichtigen,
8. den aus quartiersbezogener, städtebaulicher Sicht wichtigen finanziellen Beitrag in Höhe von 10 Mio. Euro dem Land für dessen Sanierungsmaßnahmen zur Aufwertung des Areals zur Verfügung zu stellen.

Dem Magistrat  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2009

Thiels  
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat  
-16 -

Wiesbaden, .05.2009

Dezernate I + IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller  
Oberbürgermeister